

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. (bei Cassa, bei Vorbestellung 1,50 RM.) Inland: Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter, Postboten und andere Annehmlichkeiten zu jeder Zeit. Die Abnahme von mehreren Exemplaren ist jederzeit möglich. Die Abnahme von mehreren Exemplaren ist jederzeit möglich. Die Abnahme von mehreren Exemplaren ist jederzeit möglich.



Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichspfennige, die 2 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben über, wie keine Garantie. Jedes Nachdruckrecht ist vorbehalten. Wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 5 — 91. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Donnerstag, den 7. Januar 1932

Diplomatische Geheimfächer.

Man kann so etwas mit dem Ausdruck des großen französischen Staatsmannes Talleyrand zum Ausdruck bringen: „Worte sind dazu da, um die Gedanken zu verbergen“, — man kann es aber auch deutsch und deutlicher sagen: „Man darf nur schwindeln, wenn es den Zweck erfüllt, geglaubt zu werden.“ Wenn allzu durchsichtig gelogen wird, dann ist die Zustimmung, es glauben zu sollen, schon fast eine Beleidigung. Was für einen Zweck hat es also, wenn der Öffentlichkeit allerhand Geschichten über Diplomatenbesuche, über ganz harmlose Reisen von Staatsmännern erzählt werden, — als ob die Herren Diplomaten zurzeit nichts anders zu tun haben, als z. B. auf die Japanreise nach England zu fahren, wie der französische Finanzminister es vor kurzem tat, oder wenn der Direktor des Auswärtigen Amtes in Paris plötzlich das Bedürfnis empfindet, nach London zu eilen, dort eine französische Kunstausstellung zu eröffnen und gleich ein paar Bilder zu kaufen. Auch bei dem amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, ist ganz plötzlich der Wunsch zum Ausdruck gekommen, seinem guten Freunde Bonnet, dem französischen Botschafter in Berlin, einen Gegenbesuch zu machen. Dieses scherzhafte Reizspiel der Diplomaten ließe sich noch fortsetzen und es sollte uns nicht wundern, wenn „amtlich mitgeteilt“ wird, daß der französische Ministerpräsident einer Einladung Macdonalds nach Schottland Folge leisten würde, lediglich, um dort mit dem englischen Kollegen zusammen Woodhuller zu treffen. Derartige Worte genügen denn doch nicht, um die Gedanken bzw. das eigentliche Tun zu verbergen; denn schließlich sind in einer politischen bis zum Wagnis gespannten Zeit selbst die Diplomaten mit der Ausübung ihres Handwerks beschäftigt und man sollte der Öffentlichkeit nicht zumuten, an Jagd- oder Besuchsreisen glauben zu sollen. Eine solche „Geheimdiplomatie“ ist damit nichts als den verblühten Schritten zum Lächerlichen. Namentlich dann, wenn man doch unmittelbar hinterher erfährt, daß selbstverständlich mehr oder weniger ausgiebige diplomatische Verhandlungen stattgefunden haben, wie von vornherein auch jedermann ahnen konnte.

Es steht jetzt ja eine ganze Menge von Töpfen in der Diplomatenküche auf dem Feuer der Verhandlungen und man hat dort genug damit zu tun, den Inhalt ordentlich herumzurühren und zu wärmen, ihn den besten Schmackhaft zu machen, die draußen, von Hunger zerquält, darauf warten, welchen — Drei man ihnen vorsetzen wird. Schon scheint es, als ob der Topf mit der Aufschrift „Reparationskonferenz“ ganz vom Feuer genommen werden soll oder daß man darin eine nur sehr dünne, aber gerade deswegen sehr gefährliche Suppe zusammenkochen will, weil die hier notwendigen Ingredienzien so schlecht zueinander passen. Man würde damit aber den Hunger der Völker nach einer endgültigen Lösung dieser Frage nicht stillen, sondern nur noch mehr reizen, ihnen noch weitere Kräfte entziehen. Und sie der Verzweiflung in die Arme treiben, wenn die Kochkünste der Diplomaten wieder einmal verfallen und höchstens eine dünne Brühe von Versprechungen und Verträge, von „neuen Verhandlungen“ und Verträgen das Produkt der zwar „geheimnisvollen“, aber wieder einmal erfolglosen „Tätigkeit“ der Staatsmänner wäre. Nur ein kräftiges, einfaches Gericht könnte den Hungernden wieder Lebensmut und Lebenswillen, Energie und Kraft einflößen. Aber vielleicht gibt es gar nur Steine statt Brot.

Ob auch in der Jägerstraße in Berlin in den Räumen der Reichsbank, wo die Wirtschaftler und Bankiers ihre gezielbaren Gerichte des Stillhalteabkommens über die deutschen Privatschulden eine neue Speise herzurichten, die wir verzehren können, ohne daran uns den Mund zu verbrennen oder daran zu ersticken — auch darüber weiß man noch nichts Authentisches. Allerdings dürften dort Küche mit etwas nüchternen, weniger „diplomatischen“ Köpfen arbeiten, die über die Zweckmäßigkeit und Anwendbarkeit der von ihnen mitgebrachten oder vorgeschlagenen Kochrezepte besser mit sich reden lassen als gewisse Staatsmänner, Diplomaten und sonstige Politiker. Doch auch hier geht es mit den Privat- und den „politischen“ Schulden in ihrem Verhältnis zueinander gerade so wie mit der theoretisch gelegneten, praktisch aber vorhandenen Verbindung zwischen den deutschen Tributen und den interalliierten Schuldenverpflichtungen: es geht alles aus demselben Topf. Und daher will die Stillhaltekommission gern wissen, wie tief unsere „Reparationsgläubiger“ die Hände hineinstrecken bzw. umgekehrt. Wenn plötzlich ein starker Optimismus hinsichtlich des Erfolges der Stillhalteverhandlungen auftrat, so wäre es überaus erfreulich, falls dieser Optimismus auch vom deutschen Standpunkt aus geteilt werden könnte. Aber erst müssen wir für diesen Zweck die Prüfung des Gerichts sehen und schmecken, das man weise „Nachspeise“ man auf der Reparationskonferenz oder in einer diplomatischen Geheimküche — schon vorher für uns zusammenkocht.

Lösung der „endgültigen Lösung“

Nur Zwischenlösung in Lausanne?

Für Ende Januar und Anfang Februar sind die drei großen politischen Versammlungen, die Lausanner Tributkonferenz, die Tagung des Völkerbundes und die Abrüstungskonferenz geplant. Die Festlegung ihrer genauen Anfangstermine und die ungefähre Schätzung ihrer Dauer macht bedeutende Sorgen nicht nur deswegen, weil einzelne der Hauptvertreter der beteiligten Staaten in allen drei Konferenzen tätig sein sollen, und man deswegen ein Überschneiden oder Parallelgange der Tagungen vermeiden will, sondern auch deswegen, weil sachlich die Verhandlungen und Entscheidungen, besonders der Tributkonferenz, von dem Verlauf der Abrüstungskonferenz in nicht geringem Maße abhängig ist. Die Regelung der Tribute kann nicht ohne eine Stellungnahme Amerikas zu dem Problem der interalliierten Schulden erfolgen, die Vereinigten Staaten haben sehr nachdrücklich erklärt, daß ein Nachstoß der Schulden für ein Europa, das fortfährt, sein Geld in unproduktive Investitionen zu stecken, nicht in Frage kommt. Infolgedessen wird eine Entscheidung Amerikas erst erfolgen können, wenn feststeht, daß die kommende Abrüstungskonferenz nicht nur eine Abrüstung für Deutschland, wie es der Wunsch Frankreichs ist, bringt, sondern eine allgemeine Milderung der Auflagen, zu der sich im Versailler Vertrag ausdrücklich die Signatarmächte verpflichtet haben.

Es machen sich daher die Stimmen, die einer nur kurzen Dauer der ersten Tributkonferenz das Wort reden und einer nur vorläufigen Entscheidung, um dann nach der Abrüstungskonferenz, also in etwa einem halben Jahr, eine neue Regierungskonferenz anzusetzen, die in eine durchgreifende Revision der Tributfrage eintreten soll. Endgültige Beschlüsse könnten dann also erst im Herbst gefaßt werden. Die Tendenz einer provisorischen Lösung der Tributfrage würde sich decken mit den Entschlüssen der Stillhaltekommission in London über die privaten Schulden, die jetzt bekanntlich eine endgültige Lösung auch verschoben haben und nur noch über eine Verlängerung des Moratoriums um ein Jahr verhandeln.

Der Gedanke einer Zwischenlösung in Lausanne wird hauptsächlich von dem Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, befürwortet, der damit, wie es in einem französischen Bericht heißt, Zeit gewinnen wolle, um die Diskussion über die Endlösung erst nach den Neuwahlen in Frankreich im Sommer dieses Jahres zu eröffnen.

Da inzwischen in Deutschland die Präsidentschaftswahl und die Reichswahlen stattgefunden haben dürften, so ist es auch nicht unmöglich, daß eine hinausgeschobene Tributkonferenz veränderte innenpolitische deutsche Verhältnisse antreffen wird.



Zum Generalsekretär der Reparationskommission ist der Engländer Sir Maurice Hankey ernannt worden. Hankey hat schon mehrfach auf internationalen Konferenzen als Generalsekretär fungiert.

Deutschlands Forderung: Endlösung!

Gegenüber den Meldungen, daß die bevorstehende Regierungskonferenz in Lausanne bloß eine Art kurzfristige oder längerfristige Verlängerung des bestehenden Zustandes anstrebe, verlaute an zuzunehmender Berliner Stelle, daß die Reichsregierung nach wie vor eine endgültige Lösung erwarte. Der Nachdruck, mit der von deutscher Seite eine solche Endlösung immer wieder gefordert wird, dürfte dem Ernst der Lage entsprechen, der anscheinend bei den Regierungen der Gläubigerländer noch immer nicht genügend erkannt wird, der aber jeder deutschen Regierung das Gesetz des Handelns vorschreibt.

Goerdeler für Beseitigung der Tribute.

In der Sitzung der Leipziger Stadtverordneten ergriff Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der Reichskommissar für Preisüberwachung, das Wort. Nach den Erfahrungen, die er als Preiskommissar in Berlin gemacht habe, sei das erste Erfordernis für die wirtschaftliche Gesundung in Deutschland die völlige Beseitigung der Tribute.

Wenn die Tribute im Jahre 1932 nicht endgültig aus der Wirtschaft- und Zahlungsbilanz des deutschen Volkes verschwänden, dann könne weder bei den Arbeitnehmern noch bei den Arbeitgebern wirtschaftlicher Mut wiederkehren.

Auch England zweifelt an Dauerlösung.

Unmöglich, wenn auch wünschenswert.

Der deutsche Botschafter in London, Freiherr von Neurath, stattete dem englischen Außenminister Sir John Simon einen Besuch ab. Der deutsche Botschafter wies seinerseits auf die Notwendigkeit einer baldigen zufriedenstellenden, möglichst dauernden Lösung der Tributfrage im Interesse der Erhaltung der Kreditwürdigkeit und Wiederbelebung des Wirtschaftslebens in Deutschland hin.

Der englische Außenminister erkannte voll an, daß auch die englische Regierung eine dauernde Lösung an sich für die wünschenswerteste hielt, wies aber auf die veränderten Umstände hin, die eine derartige Lösung nicht möglich machten.

Im Zusammenhang mit dieser Äußerung des englischen Außenministers gewinnt die Nachricht ein besonderes Gewicht, daß man in gut unterrichteten französischen Kreisen damit rechnet, daß es dem französischen Ministerpräsidenten angesichts der bevorstehenden Haushaltsberatungen in der Kammer unmöglich sein werde, dem Wunsch des englischen Ministerpräsidenten Macdonald nachzuliegen und sich nach London zu begeben.

In diesem Fall, so betont man, werde die beabsichtigte Aussprache der beiden Regierungsführer voraussichtlich in Paris stattfinden, wenn sich die englische Abordnung über die französische Hauptstadt nach Lausanne begeben werde.

Französische Verschleppungsmanöver.

Die französische Regierung würde gern eine Hinausschiebung des Konferenzbeginns bis zum 25. Januar sehen, wie eine halbamtliche französische Meldung besagt. Dieser Wunsch wird begründet mit der Tagung der französischen Kammer, die am 12. Januar sich versammelt. Da Laval an den parlamentarischen Beratungen gern teilnehmen wolle, wäre es ihm aus innenpolitischen Gründen angenehm, wenn er erst gegen Ende des Monats nach Lausanne reisen müßte.

Die französische Delegation, die Laval auf der Konferenz vertreten wolle, sei dem deutschen Vorschlag vom Finanzminister Blondin bei seiner letzten Unterredung so präzisiert worden: Die französische Regierung wäre grundsätzlich geneigt, Deutschland ein Moratorium zu gewähren, jedoch nicht über den 1. Januar 1934 hinaus, unter der Bedingung, daß die ungezügelt anwachsenden Young-Planes von Deutschland während dieser Zeit weiterbezahlt würden, wobei Deutschland wie beim Hoover-Moratorium die Möglichkeit hätte, über diese Summe in der Form garantierter Anleihen an die Reichsbahn zu verfügen.

Dieser französische Vorschlag bringt nichts wesentlich Neues, er kann aber unmöglich der deutsche Standpunkt werden. Die deutsche Regierung will, wie oft genug betont wurde, eine endgültige Vereinbarung der Reparationsfrage und sie wird diese Forderung hoffentlich in Lausanne mit allem Nachdruck vertreten.

Die Tribut- und Abrüstungskonferenz.

England hält am 18. Januar fest. Die Vereinbarung der ausländischen Presse in London gab im Savoy-Hotel dem englischen Außenminister Sir John Simon ein Frühstück, auf dem Simon über die politische Lage sprach.

Innerhalb der nächsten vier Wochen, so führte der Außenminister aus, würden drei große Konferenzen zusammentreten. Der Zeitpunkt für die Tributkonferenz sei noch nicht endgültig festgelegt. Die englische Regierung würde es als eine große Erleichterung begrüßen, wenn die Konferenz sobald wie möglich eröffnet werden könne, da auch in England die Wiedereröffnung des Parlaments vor der Tür stehe. Wenn es nicht gelänge, einen früheren Zeitpunkt, als den 18. Januar, oder einen Zeitpunkt etwa um den 18. Januar herum sicherzustellen, so würden einige der Minister schwerlich teilnehmen können, obwohl sie den Wunsch dazu hätten.

■ Fördert die Ortspresse ■